



Jigme Shitsetsang

NR-Kandidat (FDP, SG)

1 Pekings «Belt and Road»-Initiative ist weit mehr als ein Infrastrukturprojekt. Darum müssen sich insbesondere westliche Länder gut überlegen, wie sie sich daran beteiligen wollen. China versucht, die Welt nach seinen Vorstellungen zu formen und sieht die Zeit gekommen, um den ihm historisch zustehenden Platz einzunehmen, nämlich im Zentrum der globalen Ordnung. Die EU hat es im März in ihrer China-Strategie auf den Punkt gebracht: China sei einerseits ein Partner, der in gewissen Bereichen die gleichen Ziele wie die EU verfolge und mit dem man bei anderen Themen verhandeln könne, schreibt die Kommission. Andererseits sei China ein wirtschaftlicher Konkurrent und ein Rivale, der ein komplett anderes politisches System propagiere. Das Gleiche gilt auch für «Belt and Road». Es gibt positive Seiten, die westliche Demokratien unterstützen können; so sind viele Infrastrukturbedürfnisse unbestritten. Allerdings muss da, wo China zu offensichtlich nur eigene Interessen verfolgt, Gegensteuer gegeben werden. Mit dem chinesischen Geld kommen nämlich auch chinesischer Einfluss und chinesische Werte. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Transparenz gehören nicht dazu. Wenn Europa und auch die Schweiz will, dass diese auch in der neuen, von China mitgeprägten Weltordnung einen Platz haben, so muss es dafür kämpfen.

2 Ja, ich teile diese ernst zu nehmenden Bedenken gegenüber der Volksrepublik China. Es gilt zu verhindern, dass chinesische Technologie eine Hintertür für Spione enthalten könnte, um an Staats- oder Firmengeheimnisse zu kommen oder auch Privatpersonen ausspionieren zu können. Besonders aufhorchen lässt dabei ein letztes Jahr in der Volksrepublik in Kraft getretenes Gesetz, wonach jede heimische Firma der Regierung zur Seite stehen muss, sollte dies gewünscht sein. Für Vorbehalte sorgt auch die völlig unbekannte Eignerstruktur bei Huawei. Ich würde vom Bundesrat Auskunft über allfällige Pläne zur Zulassung von chinesischer Technologie und den damit verbundenen Sicherheitsfragen stellen. Im Raum stehen würde bei einer ungenügenden Antwort auch ein Verbot auf die Verwendung von chinesischer Technologie. Weiter würde ich erneut auf

das Ausspionieren der Tibetischen Gemeinschaft in der Schweiz durch die chinesischen Behörden hinweisen und fragen, wie der Bundesrat dies künftig ernsthaft verhindern will und wie er darauf bei den chinesischen Behörden zu intervenieren gedenkt. Dabei gilt es auch auf die willkürliche Visaerteilung resp. Nicht-Erteilung an Schweizer Bürgerinnen und Bürger mit tibetischem Hintergrund hinzuweisen und eine sofortige Änderung dieser Praxis zu verlangen.

3 Natürlich unterstütze ich diese Petition und würde im National- und Ständerat für Unterstützung werben. Ich würde dazu einen überparteilichen Vorstoss anstreben, der Parlamentarischen Gruppe Tibet beitreten und eine künftig noch aktivere Rolle dieser Gruppe unterstützen. Zudem würde ich an eine Tibet-Organisation eine Besucherkarte abgeben, die den permanenten Zutritt zum Bundeshaus ermöglicht.